

Motion Fraktion FDP (Bernhard Eicher): Zugpferd Bern: Eidgenössische Medizinische Hochschule EMH Bern

Die Stadt Bern ist heute das Zugpferd des Kantons Bern. Unsere Stadt soll diese Position während der nächsten Jahre gezielt ausbauen und dadurch an Bedeutung nicht nur innerhalb des Kantons, sondern auch innerhalb der ganzen Schweiz gewinnen. Bern soll bekannt werden als Stadt mit hoher Lebensqualität, starken Wirtschaftspartnern und exzellenten Bildungsstätten.

Eine für Bern bereits heute wichtige Branche ist im Medizinalbereich zu finden. Bern vereint vom zuständigen Bundesamt BAG über die eidgenössische Zulassungsstelle Swissmedic und dem Universitätsspital bis hin zu Herstellern von Medikamenten viele entscheidende Player der Medizinalbranche. Da es sich hierbei um eine Branche mit überdurchschnittlichem Wachstum handelt, scheint deren Stärkung mittels Gründung einer Eidgenössisch Medizinischen Hochschule EMH sinnvoll. Dadurch sollen auf dem Platz Bern Ausbildung, Grundlagenforschung und angewandte Forschung sowie Praxistransfer konzentriert und gefördert werden.

Aus Sicht der Fraktion FDP. Die Liberalen gilt es nun, die Weichen für eine EMH zu stellen und sich auf allen möglichen Kanälen dafür einzusetzen. Der Stadt Bern – und damit auch dem Gemeinderat – kommt hierbei als Standortgemeinde eine besondere Rolle zu. Bern hat zuhänden möglicher Partner sowie des Bundes aufzuzeigen, dass es eine EMH will und auch bereit ist, die dafür nötige Infrastruktur bereitzustellen.

Der Gemeinderat wird deshalb beauftragt:

1. Sich gestützt auf Art. 63a Abs. 1 der Bundesverfassung zusammen mit der Kantonsregierung sowie allfälligen privaten Vereinigungen für die Errichtung einer Eidgenössisch Medizinischen Hochschule in Bern einzusetzen. Dazu gehört insbesondere:
 - a) Ein Grundlagenkonzept welches aufzeigt, wie eine EMH errichtet werden kann (u.a. Bau- und Betriebsfinanzierung, Eigentumsverhältnisse, Aufsichtsverantwortung, Standort und Infrastruktur)
 - b) Ein Realisierungszeitplan, wann welche Planungsarbeiten/Massnahmen unternommen werden.
2. Dem Stadtparlament jährlich auf einer A4-Seite Bericht über unternommene und geplante Bemühungen zu erstatten.

Bern, 28. November 2013

Erstunterzeichnende: Bernhard Eicher

Mitunterzeichnende: Mario Imhof, Christoph Zimmerli, Pascal Rub, Dannie Jost, Dolores Dana

Antwort des Gemeinderats

Einleitend wird festgehalten, dass der Inhalt der vorliegenden Motion einen Bereich betrifft, der in Kompetenz und Verantwortung des Kantons und nicht in der gemeinderätlichen Zuständigkeit liegt. Nichtsdestotrotz möchte der Gemeinderat zu diesem wichtigen Thema wie folgt antworten:

Stärkung des Medizinalstandorts Bern als oberstes Ziel

Der Kanton Bern gehört zu den wichtigsten Medizin-Standorten der Schweiz und hat internationale Bedeutung. Peter Stämpfli, Vorsitzender der Geschäftsleitung Stämpfli Publikationen AG, hat die charakteristischen Merkmale dieses starken Versorgungs-, Forschungs- und Wertschöpfungssystems treffend beschrieben:¹ Ein Universitätsspital für die Spitzenmedizin, eine medizinische Fakultät für Lehre und Forschung, ein Netz von Regionalen Spitalzentren mit Angeboten der Grundleistungen für die Bevölkerung in allen Regionen, starke privat geführte Spitäler, Ausbildungsangebote auch für alle nichtuniversitären Gesundheitsberufe von der Berufslehre über die Höhere Fachschule bis zur Fachhochschule und ein breiter Fächer mit Unternehmungen im Medizinalbereich. Dazu kommt der 1997 gegründete Medical Cluster, eine Netzwerkorganisation für Medizintechnikunternehmen mit einer festen Verankerung in der Wirtschaft des Kantons Bern und einer Ausstrahlung weit über die Kantonsgrenzen hinaus.²

Das Forschungs- und Wertschöpfungssystem „Medizin“ ist heute eine zentrale Stärke des Wirtschaftsstandorts Bern. Das Inselspital ist zusammen mit der Universität Bern und den Wirtschaftsunternehmen entlang der gesamten Wertschöpfungskette Medizin ein massgeblicher Innovationsmotor für die ganze Schweiz. Der Kanton Bern investiert denn auch stark in seinen Medizin-Standort (Beispiele: Planung des Schweizerischen Herz- und Gefässzentrums und eines Comprehensive Cancer Centers, Einrichtung des ARTORG-Center für Biomedical Engineering Research sowie des Competence Center für Medical Technology), aber die verfügbaren Mittel sind knapp. Der Wettbewerb findet zunehmend global statt und die Vernetzung in der Medizin wird immer intensiver. Die zunehmende Komplexität verlangt nach neuen methodologischen Ansätzen.

Die Stärkung des Medizin-Standorts Bern ist in diesem Lichte eine Daueraufgabe des Kantons, namentlich der Erziehungsdirektion, der Gesundheits- und Fürsorgedirektion sowie der Volkswirtschaftsdirektion.

Das Engagement von Stadt Bern und WIRTSCHAFTSRAUM BERN für den Medizinalstandort Bern

Der Gemeinderat ist sich der Bedeutung und der Herausforderungen des Medizin-Standorts bewusst und unterstützt grundsätzlich alle Aktivitäten, welche zu seiner weiteren Entwicklung beitragen. Dies ist in der Strategie 2020 des WIRTSCHAFTSRAUMS BERN als Schwerpunkt so festgelegt. Insbesondere wird die bewährte Zusammenarbeit von Lehre, Forschung, Herstellern und Gesundheitswesen als Nährboden für die künftige wirtschaftliche Entwicklung in diesem Bereich gefördert. Der WIRTSCHAFTSRAUM BERN (WRB), zuständig für die Umsetzung von Massnahmen in der Stadt Bern und angeschlossenen Regionsgemeinden, pflegt aktiv den Kontakt zu wichtigen Personen, Organisationen und Einrichtungen im Medizinalbereich, wirkt bei der Umsetzung von Projekten mit und organisiert themenentsprechende und netzwerkfördernde Informationsanlässe.

¹ Private, Das Geld-Magazin, 2/2014, Seiten 46-47.

² Das Inselspital in Bern ist heute die wichtigste Universitätsklinik der Schweiz. Es trägt pro Jahr 1.6 Milliarden Franken (2012) an die Bruttowertschöpfung bei und hat rund 7'000 Mitarbeitende. Die Universität Bern, Medizinische Fakultät, hat 1'850 Studierende, 1'100 Mitarbeitende und 77 Professoren. Neben Human-, Veterinär- und Zahnmedizin bietet sie in enger Zusammenarbeit mit der Berner Fachhochschule Master und PhD in Biomedical Engineering und Biomedical Sciences an. Der Berner Medizintechnik-Bereich umfasst rund 280 Unternehmen mit 7'000 Arbeitsplätzen. Der Jahresumsatz beträgt 2,7 Mrd. Franken und der Exportanteil beträgt 70 %. Beispiele für namhafte Unternehmen aus der Medizin-Branche sind Ypsomed, Haag-Streit, Bernafon, Straumann oder Bien-Air. Ebenfalls zu erwähnen sind Pharma- und Biotech-Unternehmen wie Galenica, Glxo_SmithKline, Kimberly-Clark. CSL Behring gehört zu den weltweit führenden Unternehmen für die Herstellung von Plasma-Produkten. Die renommierten Forschungsinstitutionen mit Forschungsleistungen auf höchstem Niveau sind zahlreich. Zu erwähnen sind etwa das Institut für Orthopädische Chirurgie und Biomechanik, das Theodor-Kocher-Institut oder die Berner Fachhochschule. Auch am Standort Bern befinden sich wichtige Behörden und Verbände (z.B. das Bundesamt für Gesundheit BAG, das Eidgenössische Institut für Geistiges Eigentum, FASMED, der Dachverband der schweizerischen Handels- und Industrievereinigung der Medizintechnik oder die Swissmedic als zentrale schweizerische Überwachungsbehörde für Heilmittel).

Der Gemeinderat steht hinter dem Masterplan Inselspital, mit dem das Inselspital die baurechtliche Grundlage für die Weiterentwicklung in den nächsten 50 Jahren erhält. Der Masterplan stellt sicher, dass das Spital sich räumlich und betrieblich entwickeln kann. Er ist Teil der Gesamtstrategie zur Stärkung des Medizinalstandorts Bern und ermöglicht es dem Universitätsspital Bern, seine Schwerpunkte in der Behandlung der Patienten und in der medizinischen Forschung auszubauen und seine Stärken national und international auszuspielen. Die drei Schwerpunkte, die dank Masterplan verstärkt werden können, sind Herz und Gefässe, Neurodisziplinen (Neurologie, Neurochirurgie und Neuroradiologie) sowie die Tumor-Behandlung. Alle drei Schwerpunkte erhalten eine direkte Anbindung an das letztes Jahr fertiggestellte Intensiv-, Notfall- und Operationszentrum INO. Das planerisch Besondere am Masterplan ist seine Flexibilität, mit dem den künftigen Bedürfnissen von medizinischer Versorgung, Lehre und Forschung Rechnung getragen werden kann.

Exkurs 1: Stand EMH auf Bundesebene

Das Thema EMH ist komplex und ein Blick auf die Bundesebene notwendig. Die Versorgung der Schweiz mit genügend Ärztenachwuchs ist eine umstrittene Frage. Deshalb ist das Thema der Gründung einer Eidg. Medizinischen Hochschule bzw. der Bundeskompetenz für die quantitative Steuerung in der Ausbildung von Ärzten und Ärztinnen im Schweizer Parlament immer wieder aufgegriffen, vom Bundesrat und vom Parlament aber stets negativ beurteilt worden. Dementsprechend steht die Gründung einer Eidg. Medizinischen Hochschule momentan im Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) nicht zur Diskussion.

Der Bundesrat wies in seinen Ausführungen immer wieder darauf hin, dass die kantonalen Universitäten und die Universitätsspitäler und damit die Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten in der Verantwortung der Kantone liegen. Eine diesbezügliche Erweiterung der Bundeskompetenz hat das Parlament abgelehnt, nicht zuletzt weil auf Bundes- wie Kantonsebene verschiedene Initiativen laufen, um die Aus- und Weiterbildung von Ärztinnen und Ärzten zu verbessern. Zudem hätte ein solcher Schritt schwerwiegende finanziellen Folgen für Bund und Kantone.

Auch der ETH-Bereich prüft im Rahmen seiner Autonomie Massnahmen zur Stärkung der Medizinausbildung. Dementsprechend wurde die Kooperation mit medizinischen Fakultäten und Universitätsspitalern verstärkt: Die ETH Zürich, die Universität Zürich und das Universitätsspital haben 2012 beispielsweise den Verbund „Hochschulmedizin Zürich“ ins Leben gerufen, und die EPF Lausanne arbeitet eng mit der medizinischen Fakultät der Universität Lausanne und dem Universitätsspital-Zentrum des Kantons Waadt (CHUV) zusammen. Gemeinsam mit fünf kantonalen Universitäten sind die beiden ETH zudem am Aufbau von Plattformen für die transnationale medizinische Forschung im Rahmen des Projekts SwissTransMed der Schweizerischen Universitätskonferenz (SUK) beteiligt.

Exkurs 2: Stand Aus- und Weiterbildung von Ärztinnen und Ärzten im Kanton Bern

Festzuhalten gilt vorab, dass sowohl die ärztliche Grundausbildung bis und mit Staatsexamen wie auch die ärztliche Weiterbildung massgeblich durch den Bund geregelt sind. Die Kosten tragen indessen vornehmlich die Kantone, was die Diskussion rund um die Zuständigkeit bei der Aus- und Weiterbildung von Ärztinnen und Ärzten im Kanton Bern nicht vereinfacht.

Für die Aus- und Weiterbildung von Ärzten braucht es keine EMH. Bei der Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten nimmt der Kanton Bern seine Verantwortung bereits heute wahr. Die Universität Bern hat in den letzten Jahren verschiedene Massnahmen getroffen, namentlich die Stärkung der Hausarztmedizin, den Ausbau von Spezialgebieten (z.B. ARTORG) sowie die stetige Erhöhung der Aufnahmekapazität. Aufgrund der personellen, räumlichen und finanziellen Mittel und unter Berücksichtigung von Qualitäts- und Sicherheitsanforderungen hat die Universität für das Studienjahr 2014/2015 Aufnahmekapazitäten von 220 Plätzen für die Humanmedizin, 35 Plätzen für die Zahn-

medizin und 70 Plätzen für die Veterinärmedizin festgelegt. Gegenüber der Aufnahmekapazität für das Studienjahr 2013/2014 stellt dies eine Zunahme von 40 Studienplätzen dar.

Zu Frage 1:

Der Gemeinderat und der WIRTSCHAFTSRAUM BERN setzen sich für die Schaffung eines nationalen Kompetenzzentrums Medizin in Bern auf breiter Front ein. Erste Entscheide dazu fallen in den kommenden Monaten. Allerdings lässt sich ein solches Kompetenzzentrum - ob es sich nun um eine Eidgenössische Medizinische Hochschule oder um ein spezialisiertes Zentrum des Bundes, des Kantons oder mehrerer Partner handelt - nicht einfach realisieren. Die Art eines solchen Zentrums und die möglichen Partnerorganisationen müssen sorgfältig analysiert werden. Einzuleitende Weichenstellungen müssen diplomatisch abgewogen werden. Bei der Realisierung ist namentlich der gesamtschweizerischen Situation und den Interessen der zahlreichen Akteure Rechnung zu tragen.

Der Gemeinderat wird sich diesbezüglich in der Projektarbeit für konstruktive Lösungen einsetzen und speziell bei konkreten Fragen wie Raumbedürfnisse, Zonenplanänderungen, Überbauungsordnungen oder Ähnlichem in seinem Zuständigkeitsbereich in Aktion treten.

Zu Frage 1 a) und 1 b):

Das geforderte Grundlagenkonzept und der Realisierungszeitplan sind Bestandteile des in Vorbereitung befindlichen Projekts zur Schaffung eines nationalen Kompetenzzentrums Medizin. Zu gegebenem Zeitpunkt wird die Öffentlichkeit darüber informiert.

Zu Frage 2:

Das Stadtparlament wird vom Gemeinderat rechtzeitig über die Entwicklung des Projekts und den Realisierungszeitplan informiert. Ob eine jährliche Berichterstattung nötig ist, wird später entschieden.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Die Folgen für das Personal und die Finanzen für die Erarbeitung eines allfälligen Konzepts und eines Zeitplans zusammen mit der Kantonsregierung und privaten Vereinigungen können im heutigen Zeitpunkt nicht abgeschätzt werden.

Antrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen, er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen.
2. Die Antwort gilt in diesem Fall gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Bern, 28. Mai 2014

Der Gemeinderat